

Marcie Bröcker

„Die Republikaner“ und ihr Wahlerfolg in Baden-Württemberg 1992 – Nur die „Schlechte-Laune-Partei“ der 90er?

#11

Impressum

Marcie Bröcker

Zum Zeitpunkt der Verfassung (30.09.2023); Studentin des B.A. Politikwissenschaft an der Universität Bremen

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung; Studentin des M.A. Politikwissenschaft an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und politische Referentin für Bildung im schleswig-holsteinischen Landtag

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	5
2. Forschungsstand & theoretische Grundlage	7
3. Die Partei „Die Republikaner“	10
3.1 „Die Republikaner“ in den 1980er und 1990er Jahren	10
3.2. Das rechtspopulistische Profil der Partei	12
4. Die Hintergründe zur Landtagswahl	14
4.1 Charakterisierung der Wählerklientel	14
4.2 Die baden-württembergische Landtagswahl 1992	16
4.3 Die Aktualität der Asylthematik	17
5. Analyse des republikanischen Wahlerfolgs	19
5.1 Untersuchung der drei Variablen	19
5.2 Interpretation der Ergebnisse im Kontext der Landtagswahl	22
6. Fazit & Ausblick	26
Literaturverzeichnis	29
Anhang	32

1. Einleitung

Rechtspopulismus – ein Begriff, der momentan wieder in aller Munde ist. Egal in welches europäische Land man dieser Zeiten schaut, es scheint eine Renaissance rechter Parteien eingesetzt zu haben. Schwedendemokraten, „Fratelli d'Italia“, Fidesz, PIS, um nur einige zu nennen, die in Regierungsverantwortung sind. Hinzu kommen Le Pens „Rassemblement National“ in Frankreich und die Alternative für Deutschland, die gerade enormen Zuspruch von den WählerInnen erhalten. Und das, obwohl die Länder, in denen diese Parteien agieren, überwiegend zu den reichsten der Welt gehören und seit Jahrzehnten als Aushängeschild der liberalen Demokratie gelten (Schäfer/Zürn 2021: 59). Deutschland ist hier sicherlich noch als eine Art Paria zu betrachten. Aufgrund der jüngsten Geschichte und dem „Schatten Hitlers“ (Decker 2000: 252, 253) ist es weiterhin ein Tabu, Parteien rechts der CSU als äquivalent zu den anderen gewählten zu betrachten, geschweige denn sie für eine Regierungsbeteiligung in Betracht zu ziehen. Wobei auch diese Brandmauer allmählich zu bröckeln droht, auf Landesebene kommt es bereits zur Zusammenarbeit mit der AfD.

Dass aber das Phänomen des Rechtspopulismus hierzulande nicht erstmalig auftritt, hebt der vielzitierte Begriff der „3. Welle rechtsextremer Wahlerfolge“ hervor. Dazu zählen die AutorInnen insbesondere die Wahlerfolge der „Republikaner“ in den 1990er Jahren (Klein/Falter 1996: 288; Eith 2003: 243; Hartenstein 2002: 105). Gleichzeitig suggeriert dieser Ausdruck, dass dem bereits zwei Wellen vorausgegangen sind. Rechtsruck ist also auch im Nachkriegsdeutschland keineswegs eine neuartige Erscheinung. Spier (2017: 277; auch Hartenstein 2002: 105) attestiert seit den 1990er Jahren einen deutlichen Anstieg der elektoralen Erfolge verschiedener Rechtsaußenparteien in der Bundesrepublik, die dabei aber zeitliche und regionale Schwerpunkte aufweisen. Zweifelsohne ist die AfD nun seit langem die erste erfolgreiche rechtspopulistische Partei, die im gesamten Bundesgebiet in die Parlamente einzieht, und es macht nicht den Anschein, als würde sie in allzu naher Zukunft in der Versenkung verschwinden. Im Gegenteil ist sie auf dem besten Weg, sich langfristig im deutschen Parteiensystem zu etablieren. Führende Politiker aus den eigenen Reihen sprechen bereits von einer neuen Volkspartei (Deutschlandfunk 2019).

Anknüpfend an diese Ausgangsbeobachtung behandelt diese Hausarbeit den temporären und lokalen Aufstieg der Partei „Die Republikaner“ (REPs). Dies erscheint besonders interessant

hinsichtlich ihres raschen Falls in die Bedeutungslosigkeit um die Jahrtausendwende. Am Beispiel der Landtagswahl 1992 in ihrer zwischenzeitlichen Hochburg Baden-Württemberg, bei der die REPs ihr bestes Ergebnis erzielen konnten, soll erörtert werden, welche Faktoren dafür maßgebend waren. Der Fokus liegt dabei auf der WählerInnenebene.

Aufgrund dessen nimmt sich diese Arbeit folgender Forschungsfrage an: Wie kann der zu beobachtende Erfolg der Partei „Die Republikaner“ bei der baden-württembergischen Landtagswahl 1992 erklärt werden? Dies soll insbesondere vor dem Hintergrund der Arbeit von Klein und Falter (1996) beispielhaft an genannter Wahl mit Fokus auf die Asylpolitik der 1990er Jahre erörtert werden. Die beiden Autoren befassen sich mit den Gründen für die Wahlerfolge der REPs und stellen hierfür Daten sowohl auf der Aggregat- als auch der Individualebene zusammen, die unter anderem auf Erhebungen der Forschungsgruppe Wahlen sowie dem deutschen Meinungsforschungsinstitut EMNID basieren.

Zwecks Beantwortung der Fragestellung wird zunächst ein kurzer Abriss der Historie der REPs gegeben und im Zuge dessen das Profil der Partei hinsichtlich rechtspopulistischer Charakteristika beleuchtet. Im nachfolgenden Kapitel werden sowohl die Wählerklientel als auch die baden-württembergische Landtagswahl 1992 betrachtet. In dem Kontext soll zudem thematisiert werden, welche Rolle die Asylthematik zu der Zeit spielte. Anschließend wird das Wahlverhalten anhand der drei Variablen Politikverdrossenheit, rechtsextreme Einstellungen und Unzufriedenheit mit der Asylpolitik analysiert und mit dem Erfolg der REPs 1992 interpretatorisch in einen Zusammenhang gebracht werden. Im Fazit wird dann auf Basis des Erarbeiteten die Fragestellung beantwortet. Die Arbeit schließt mit einem Ausblick auf mögliche weiterführende Forschung sowie einem Verweis auf die Parallelen zur AfD.

2. Forschungsstand & theoretische

Grundlage

In Bezug auf Erklärungsansätze zur Rechtswahl, die die Nachfrageseite in den Fokus nehmen, gibt es in der Literatur viel Konsens, aber mindestens ebenso viel Dissens zwischen den verschiedenen AutorInnen. Spier (2017: 265) stellt heraus, „[...] dass es bisher keine einheitliche allgemeine Theorie der Wahl von Rechtsaußenparteien gibt und eine solche vermutlich auch nicht geben kann“. Diese Arbeit stützt sich in erster Linie auf erwähnten Aufsatz von Klein und Falter (1996), der sich mit den in der politikwissenschaftlichen Literatur dominierenden Ansätzen auseinandersetzt. Die Autoren führen die Hypothese der rationalen Protestwahl, die Hypothese der ideologischen Bekenntniswahl sowie die ModernisierungsverliererInnenhypothese an (Klein/Falter 1996: 289-290). Diese Erklärungsansätze tauchen in den meisten Arbeiten zu dem Thema als theoretische Grundlage auf und werden hinsichtlich unterschiedlicher Forschungsgegenstände und Methoden in Variation angewandt. Im Verbund zeichnen sie den Versuch nach, das Phänomen rechten Wahlverhaltens in der Bundesrepublik, das bislang nur unzureichend erforscht ist, besser zu beleuchten (Spier 2017: 265, 275).

Die Hypothese der rationalen Protestwahl geht davon aus, dass das Motiv für eine Rechtswahl aus der Politikverdrossenheit der BürgerInnen erwächst. Ideologie spielt dabei eine untergeordnete Rolle, vielmehr geht es darum, die politische Elite abzustrafen und sie zu Änderungen des eigenen Kurses zu zwingen (Pappi 1990; Roth 1990; Roth/Schäfer 1994). AutorInnen, die die Hypothese der ideologischen Bekenntniswahl vertreten, gehen hingegen davon aus, dass Ideologie die treibende Kraft bei der Wahl rechtsextremer Parteien ist. Die REPs hätten vor dem Hintergrund der in Deutschland stets stark aufgeladenen Debatte aufgrund ihres weniger radikalen Profils und ihrer zunehmenden Enttabuisierung eine wählbare Alternative dargestellt (Stöss 1990, 1993; Schumann 1997; Stöss/Niedermayer 1998). Erweiternd hinzu kommt hier noch die Hypothese der ModernisierungsverliererInnen, die versucht, Erklärungen für die vermehrte Ausbildung rechtsextremer Einstellungen bereitzustellen. Infolge von Globalisierung und Transformation der Industriegesellschaften würden marginalisierte und wirtschaftlich abgehängte Gruppen entstehen, die „[...] auf ihre sich verschärfende soziale Benachteiligung mit einem Gefühl subjektiver Deprivation“ reagieren (Klein/Falter 1996: 290). Dies führe im nächsten Schritt dazu, dass man sich einen Sündenbock für seine Lage sucht, wofür zumeist

AusländerInnen herhalten müssten, um „[...] rassische und nationalistische Überlegenheitsphantasien [...]“ zu bedienen (Klein/Falter 1996: 290). Diese Menschen, zumeist mit niedrigerer Bildung und Einkommen, seien dann für die Angebote populistischer Parteien besonders anfällig (Schacht 1990; Falter/Klein 1994).

Allerdings habe sich gezeigt, dass all diese Hypothesen der Empirie nicht standhalten, wenn sie für sich alleinstehen, so Klein und Falter (1996: 290; auch Eith 2003: 246). Stattdessen existiere ein „Interaktionseffekt“ zwischen Politikverdrossenheit und Rechtsextremismus:

„So führt Politikverdrossenheit nur dann zur Wahl der Republikaner, wenn sie mit rechtsextremistischen Einstellungen zusammentrifft, während umgekehrt rechtsextreme Einstellungsdispositionen nur dann zur Wahl der Republikaner führen, wenn sie mit Politikverdrossenheit zusammentreffen“ (Klein/Falter 1996: 290).

Dass die subjektive Wahrnehmung eigener Deprivation für rechtsextreme Einstellungen mitverantwortlich ist, so wie Falter und Klein (1994: 157) und andere AutorInnen zunächst annehmen, könne nicht belegt werden. Stattdessen wird mittlerweile davon ausgegangen, dass der enge Zusammenhang zwischen Bildung und sozialem Status die „[...] Koinzidenz von Rechtsextremismus, subjektiver Deprivation und Politikverdrossenheit gerade bei Personen mit niedrigem sozialen Status [erklärt] [...]“ (Klein/Falter 1996: 291). Das attestiert auch Spier (2017: 274), er schreibt dazu: „Die politische Unzufriedenheit wirkt quasi als Katalysator für die Aktivierung vorhandener rechtsaffiner Einstellungen, die vor allem in diesem Fall eine entsprechende Wahlentscheidung für Rechtsaußenparteien nach sich ziehen“, was wiederum die Politikverdrossenheit entscheidend werden lässt, geht es um die Erklärung der unsteten Wahlerfolge der REPs (Decker 2000: 242)

Eith (2003: 246) merkt auch an, dass im Fall der Protestwahlhypothese, die auf dem Rational-Choice-Prinzip beruht, die Nachfrageseite, sprich die politischen Einstellungen von WählerInnen rechter Parteien, außer Acht gelassen werde. Zudem biete sie keine Erklärung für die Beobachtung, dass sich die WählerInnen vor dem Hintergrund des Motivs, ihrer Partei einen „Denkzettel“ zu verpassen, dem rechten Rand zuwenden und nicht andere Alternativen in Betracht ziehen.

Im Hinblick auf die existierende Forschung zum behandelnden Gegenstandsbereich fällt die Hervorhebung der Asylthematik im Verlauf der 1990er Jahre auf (vgl. Glæßner 2006; Decker 2000; Falter 2002; Lubbers/Scheepers 2001). Eith (2003: 250-251) spricht in der Beziehung

von einem Kristallisationspunkt und der entscheidenden Rolle, die „[...] ideologisch aufladbar[e] und medial in Szene zu setzend[e] Themen [...]“ wie Asyl, Ausländer und Migration spielen. Vor dem Hintergrund, dass RechtswählerInnen viel häufiger als der Durchschnitt die Thematik „Asyl“ als wichtigstes Politikfeld nennen (Falter 2002: 539; Falter/Klein 1994: 109), wird diese von Seiten der AutorInnen als entscheidender Faktor für die Art herrschender Politikverdrossenheit vermutet und im Zuge dessen auch als zusammenhängend mit der zunehmenden Bereitschaft die REPs zu wählen. Beides passe sich dabei dynamisch aneinander an (Klein/Falter 1996: 294).

Vor dem Hintergrund dieser Annahmen lässt sich eine These aufstellen, die im weiteren Verlauf verteidigt werden soll: Das starke Abschneiden der Partei „Die Republikaner“ bei der baden-württembergischen Landtagswahl 1992 ist auf die temporäre Korrelation von asylpolitisch bedingter Politikverdrossenheit und dadurch aktualisierter rechtsextremer Einstellungsmuster auf der WählerInnenebene zurückzuführen.

3. Die Partei „Die Republikaner“

Zunächst wird ein kurzer Überblick zur Historie der REPs gegeben. Der zeitliche Schwerpunkt liegt hierbei auf den 1980er und 1990er Jahren, da sie sich in dieser Phase etablierten und auch ihre besten Ergebnisse erzielen konnten. Zudem soll die Partei hinsichtlich eines möglichen rechtspopulistischen Duktus eingeordnet werden.

3.1 „Die Republikaner“ in den 1980er und 1990er Jahren

„Die Republikaner“ wurden als zunächst nationalkonservative Partei im November 1983 als Abspaltung der bayerischen CSU von den Bundestagsabgeordneten Ekkehard Voigt und Franz Handlos sowie dem ehemaligen Journalisten und Rechtspopulisten Franz Schönhuber gegründet (Decker 2000: 240; Falter 2002: 533). Anlass dafür war eine in Unionskreisen umstrittene politische Wende des Ministerpräsidenten Strauß in Bezug auf die DDR-Politik (Mudde 2018: 31).

In der unmittelbaren Nachwendezeit waren die REPs die dominante Partei am rechten Rand des Parteienspektrums (Spier 2017: 262). Einen ersten Erfolg konnten sie bei der 1986 stattgefundenen bayerischen Landtagswahl erzielen, bei der sie 3% der Stimmen erhielten (Decker 2000: 240-241). In den Folgejahren wechselten viele Unions-Mitglieder und -PolitikerInnen zu den REPs, gleichzeitig kam es aber auch vermehrt zum Eintritt Rechtsextremer, weshalb „[...] sich die innerparteiliche Balance schon bald zugunsten derjenigen verschob, die wie Schönhuber einem stärker nationalpopulistischen Kurs der Partei das Wort redeten“ (Decker 2000: 241). Infolge der Übernahme des Vorsitzes durch Genannten sowie des Einsetzens eines ehemaligen NPD-Funktionärs als Generalsekretär kam es zu einem deutlichen Rechtsruck (Decker 2000: 241; Mudde 2018: 31ff). Unter Schönhuber, der laut Mudde (2018: 32) die Personifikation der dritten Welle deutschen Rechtsextremismus sei, war die Partei zwar „[...] von ihrer innerparteilichen Struktur her formal demokratisch, aber nicht hinsichtlich der realen Entscheidungsprozesse“ (Pfahl-Traughber 1993: 45), und er brachte sie autonom „[...] mit Hilfe nationalistischer und, wenn es opportun erschien, auch explizit ausländerfeindlicher Rhetorik auf einen ultrakonservativen Kurs“ (Falter 2002: 534).

Auffällig ist, dass sich die REPs kontrastierend zum Süden im Norden Deutschlands strukturell nicht organisieren konnten. Ihr erster Achtungserfolg bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Berlin 1989 (7,5%) war auch für die Partei selbst eine Überraschung, weshalb sie nicht genügend KandidatInnen hatten, um die errungenen Sitze zu besetzen. Infolge der Europawahl,

bei der sie 7,1% erzielten, machten sie auch international auf sich aufmerksam. All das führte sowohl zu höheren Mitgliederzahlen und finanziellen Zuwendungen als auch zu Machtkämpfen, weiterer innerparteilicher Instabilität und Diskrepanzen zwischen autoritärer Führung und Basis (Decker 2000: 241; Glaeßner 2006: 469). Auf Landesebene gelang den REPs nur dreimal der Einzug in ein Parlament. Häufig scheiterten sie knapp an der 5%-Sperrklausel. 1992 und 1996 schafften sie es mit 10,9 % und 9,1% ins baden-württembergische Landesparlament einzuziehen, wo sie gemeinhin auffällig starke Ergebnisse erzielen konnten (Falter 2002: 535; Eith 2003: 243).

Die WählerInnenhochburgen der REPs waren seit ihrer Gründung Anfang der 1980er überwiegend in Bayern und Baden-Württemberg zu finden, aber auch Teile Niedersachsens und Hessens gehörten dazu (Falter 2002: 535). Es existiert jedoch nicht nur erwähntes Nord-Süd-, sondern auch ein Ost-West-Gefälle. Im Westen konnten die REPs besonders gute Ergebnisse erzielen, während in den sogenannten neuen Bundesländern neben der linkspopulistischen PDS die weitaus rechten Parteien NPD und DVU aus der Unzufriedenheit der Menschen schöpfen konnten (Spier 2017: 262; Decker 2000: 244). Gleichzeitig ist die Partei aber auch ein gutes Beispiel dafür, dass Erfolge auf Landesebene nicht zu einer flächendeckenden Etablierung auf bundespolitischer Ebene führen müssen. Bei keiner Bundestagswahl schaffte sie es, die 5%-Hürde zu überspringen (Blumenberg/Blumenberg 2017: 8), weshalb sich ihre kurzfristigen Erfolge auf bestimmte Kommunen und Länder beschränkten (Decker 2000: 238).

In der öffentlichen Debatte war man stets darauf bedacht, trotz des Images der „Protestpartei“ (Hennig 1990: 480), sein Gesicht als konservativ-bürgerliche Partei zu wahren. Insbesondere der spätere Bundesvorsitzende Rolf Schlierer versuchte, sich gegenüber rechtsextremistischen Organisationen strikt abzugrenzen (Fascher 1997: 27; Mudde 2018: 36). Und auch wenn mit Schönhubers Weggang die populistische Schärfe nachließ (Decker 2000: 245), konnte die Fassade nicht aufrechterhalten werden (Eith 2003: 246). Gemäß Verfassungsschutz, der die REPs 1994 offiziell als rechtsextremistisch listete (Verfassungsschutzbericht 1995), bestanden in Baden-Württemberg 1995 Kontakte zu bekennenden Nationalsozialisten, die auch vereinzelt Wahlkampfhilfe leisteten (Fascher 1997: 27). Außerdem zeigten im Jahr 1997 „[...] Teile der Partei teilweise offen ihre Ablehnung wesentlicher Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ (Verfassungsschutzbericht 1997: 97). Dies äußert sich laut Falter (2002: 534) unter anderem in rassistischen Äußerungen, Geschichtsrevisionismus und der „[...] Beschwörung völkisch-kollektivistischer Vorstellungen“. Zudem gelang es den REPs nicht, sich konsequent von rechtsextremen Gruppen abzugrenzen. Mitunter hat es auch Wahlabsprachen unter den konkurrierenden Parteien NPD, DVU und REPs gegeben (Falter 2002: 535). Hennig

(1990: 479) spricht im Zusammenhang mit dem innerparteilichen Zwiespalt von einer „[...] Spannung zwischen ‚Intelktualisierung‘ und populistischer Direktheit, zwischen bemühter Politikfähigkeit und radikalen Ausfällen [...]“.

3.2. Das rechtspopulistische Profil der Partei

Geht es um die Einordnung von Parteien hinsichtlich ihrer Ideologie und populistischen Charakteristika, gehen die AutorInnenmeinungen oft auseinander, auch weil beispielsweise unterschiedlich strenge Bemessungsmaßstäbe angelegt werden. Eine allumfassende und allseits akzeptierte Definition von (Rechts)Populismus stellt daher ein Problem dar, weshalb in dieser Arbeit darauf verzichtet wird, eine universell gültige zu proklamieren und diese auf die Partei zu beziehen. Darüber hinaus wäre hierfür ein ausführlicheres Studium der Programmatik der REPs notwendig, die jedoch nicht im Zentrum der Arbeit stehen soll. Stattdessen sollen die Charakteristika der Partei, die als rechtsextremistisch und populistisch einzuordnen sind, auf Basis einschlägiger Literatur wie Muddes (2018) Analyse der republikanischen Programmatik im folgenden Kapitel aufgezeigt werden.

Glaeßner (2006: 467) definiert in seiner Arbeit eine Partei als rechtspopulistisch,

„[...] die unter Rückgriff auf extrem nationalistische und chauvinistische Ideen und bei unklarer Abgrenzung gegenüber dem Rechtsradikalismus unter populären Parolen Unzufriedenheit mit dem politischen System oder den Parteien auf ihre Mühlen zu lenken such[t].“

Bei dieser Einordnung steht der Aspekt des als politisch rechts Geltenden im Vordergrund. Wichtige Eigenschaften, die Populismus auszeichnen sind die manichäische Weltsicht sowie die bewusste Abgrenzung von der *korrupten politischen Elite*, während das Volk als *pur* gilt. Politik solle zudem Ausdruck des gemeinen Willens, des *volonté générale* sein (Mudde 2004).

Glaeßner (2006: 466-467) spricht vor dem Hintergrund seiner Definition von einem Wandel in politischen Kreisen hinsichtlich Rechtsradikalismus und -extremismus, was anschließt an erwähnte dritte Welle rechtsextremer Wahlerfolge. Die erfolgreichste rechte Partei in Deutschland in dieser Hochphase in den 1980er und 1990er Jahren waren die REPs. Auch die Mehrheit der AutorInnen, die sich mit der Partei beschäftigten, ordnen sie als rechtsextremistisch ein (vgl. Stöss 1991; Pfahl-Traughber 1993), Decker (2000: 238) und Glaeßner (2006: 467) sprechen in ihren Arbeiten von Rechtspopulisten.

Obwohl sich die REPs selbst als national oder patriotisch, jedoch nie als nationalistisch betitelten, müsse man sie ohne Weiteres so bezeichnen. Sogar ethnisch-nationale Einstellungen scheinen vorhanden zu sein (Mudde 2018: 41). Zudem strebe man unter der Parole ‚Deutschland den Deutschen‘ eine Homogenisierung der Gesellschaft an (Mudde 2018: 43), was bereits deutlich rechte Züge hat. Hinsichtlich der Thematik Immigration offenbare die Partei eine xenophobische Sichtweise, die sich insbesondere auf die Gruppe der MuslimInnen beziehe. Es wird nicht nur von einem „Sturm auf Europa“ durch „Millionen von Aliens, Kriminellen und faulen Ausländern“ gesprochen (Mudde 2018: 46-47) oder die angebliche Leichtigkeit kritisiert, mit der AusländerInnen die deutsche Staatsbürgerschaft ausgehändigt wird (Mudde 2018: 42). Mudde (2018: 58) behauptet, xenophobischer Nationalismus sei

„[...] at the core of almost all themes that are discussed regularly in the party literature. Its socio-economic outlook [...] has the two ideological features combined in a welfare chauvinist programme, stating that the German state should take care of [the needs of] its own people”

Dieser Sichtweise zufolge nähme alles ‚Nicht-Deutsche‘, namentlich ImmigrantInnen, Asylsuchende und auch die EU, dem deutschen Volk nur das dringend benötigte Geld weg (Mudde 2018: 50).

Bezüglich offensichtlicher populistischer Charakteristika der REPs bezieht sich Mudde (2018: 53-55) in seiner Analyse in erster Linie auf die deutlich hervortretende Parteienfeindlichkeit, die sich insbesondere gegen die zwei großen Volksparteien richte. Sie selbst präsentiere sich als Alternative zur etablierten politischen Elite, die als egozentrisch, korrupt und antinational tituiert wird. Dieses antinationale Verhalten deutscher Politiker, das sich vor allem in der Art äußere wie sie die deutsche Geschichte gegen Volk und Land verwenden, spielt eine zentrale Rolle. Die bayerische CSU bezichtigte man des Despotismus und der Korruption, die Sozialdemokraten würden wiederum von Intellektuellen geführt, die die deutsche Arbeiterklasse betrügen würden. Ihren Gegner auf der rechten Seite des Parteienspektrums, zumeist die DVU, attackierten die REPs im Besonderen. Ihrem Parteivorsitzenden Frey warfen sie vor, er sei nur des Geldes wegen nationalistisch.

Sobald Extremismusansculdigungen gegen sie laut wurden, dichteten die REPs diese als Teil einer Verschwörung der anderen Parteien um. Man zeige sich überzeugt davon, dass die „anständigen Deutschen“ diese durchschauen würden und ihre Unterstützung für die Republikaner nur noch verstärken würden (Mudde 2018: 54). Denn man sei die einzige Partei „[...] that has

the ideas and the people to govern the country through these ominous times and, more importantly, that has the confidence of the people“ (Mudde 2018: 54). Mudde (2018: 58) schließt mit der Beurteilung, die REPs zeichneten sich durch „[...] (moderate) revisionism and (intense) populist anti-party sentiments“ aus.

4. Die Hintergründe zur Landtagswahl

Mit Blick auf die im Zentrum dieser Arbeit stehende baden-württembergische Landtagswahl 1992 wird zunächst die Wählerklientel der REPs vorgestellt. Es folgt ein kurzer Abriss zu den Umständen eben jener Wahl. Abschließend soll noch erläutert werden, weshalb die Asylthematik zu der Zeit eine entscheidende Rolle eingenommen hat und wie sich ihre Brisanz entwickelte.

4.1 Charakterisierung der Wählerklientel

Laut Analysen zur Wählerwanderung haben knapp 40% der REP-WählerInnen zuvor noch CDU/CSU gewählt, 20% die SPD (Falter/Klein 1994: 23–26). Decker (2000: 244) stellt jedoch fest, dass die Unions-WählerInnen nicht der klassischen konservativen Wählerschaft der Parteien entstammten, sondern der traditionellen SPD-Klientel. Auch von früheren NichtwählerInnen konnte die Partei profitieren (Feist 1992: 71). Bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 1989 fuhren die REPs in altbekannten Arbeiterbezirken und SPD-Hochburgen wie Wedding oder Neukölln besonders gute Ergebnisse ein (Glaeßner 2006: 469). Zur baden-württembergischen Landtagswahl 1992 berichtet die Forschungsgruppe Wahlen (1992: 34): „In allen Hochburgen der etablierten Parteien können die Republikaner außerordentliche Gewinne verbuchen“.

In Bezug auf Geschlecht und Alter stellen die AutorInnen fest, dass insbesondere jüngere Männer zur Wahl der REPs neigen (Eith 2003: 257; Falter 2002: 538). Dieses Übergewicht an Männern zeigte sich auch bei der baden-württembergischen Landtagswahl 1992 deutlich (Sturm 1992: 632). Nach den Grünen waren sie dort die attraktivste Partei für die Gruppe der 18-24-Jährigen. Darüber hinaus tendierten vor allem die 45-59-Jährigen zur REPs-Wahl (Sturm 1992: 632). Falter (2002: 538; auch Hartenstein 2002: 113) stellt allerdings fest, dass die REPs in erster Linie zu Beginn ihrer politischen Erfolge bei Jungwählern beliebt waren, er

nennt hier den Zeitraum 1989 bis 1993. Danach musste man in dieser Alterskohorte Einbußen hinnehmen.

Hartenstein (2002: 111) berichtet, dass die REPs 1992 bei der baden-württembergischen Landtagswahl in Industriezonen am Rande Stuttgarts, namentlich Pforzheim oder Backnang, überdurchschnittlich gute Ergebnisse erzielten. Allgemein schnitten sie in Wahlkreisen und Gemeinden, die einen hohen Anteil an produzierendem Gewerbe und Beschäftigte in diesem Sektor aufwiesen, am besten ab. Viele Analysen zeigen, dass die REPs insbesondere von (Fach-)ArbeiterInnen und Gewerkschaftsmitgliedern in den Wahlen sehr großen Zuspruch erhielten (Decker 2000: 243; Eith 2003: 257). In erster Linie seien das diejenigen, die sich von der SPD nicht mehr vertreten fühlen (Hartenstein 2002: 112). Dies deckt sich mit den Beobachtungen hinsichtlich der Wählerwanderung.

Die Hochburgen der REPs zeichnete darüber hinaus ein geringer Katholikenanteil und besonders viele protestantisch-pietistisch geprägte Wahlkreise aus (Fascher 1997: 27; Eith 2003: 259). Sturm (1992: 632) spricht in seiner Analyse der Wahl 1992 zudem von einem überdurchschnittlich guten Abschneiden bei den Konfessionslosen im Land Baden-Württemberg. Hinsichtlich Wirtschaftskraft und Sozialstatus handelt es sich bei weiteren Hochburgen um kleinbürgerliche Milieus, „[...] wo um den erreichten Besitz- und Wohlstand gebangt wird“ (Hartenstein 2002: 111). Im Allgemeinen konnten die REPs besonders im klein- und mittelstädtischen sowie im ländlichen Bereich viele Stimmen gewinnen (Hartenstein 2002: 111). Kontrovers betrachtet wird der Einfluss des Ausländeranteils einer Gemeinde. Während Falter und Klein (1994: 53) in ihrer Analyse vor dem Hintergrund des guten Abschneidens der REPs in Gemeinden mit einem hohen Anteil an AusländerInnen noch auf einen kausalen Zusammenhang schließen, zeigt eine bundesweite Studie laut Dülmer und Ohr (2008), dass der regionale Anteil von ImmigrantInnen in keiner Statusgruppe einen positiven Einfluss auf die Absicht hat, die REPs zu wählen. Letzteres geht konform mit der Kontakthypothese nach Allport (1954), die von verschiedenen AutorInnen (Schade et al. 2019; Bartholomae et al. 2022) ebenfalls vertreten wird.

Darüber hinaus sprechen die REPs insbesondere die Menschen an, die einen niedrigeren sozialen Status aufweisen (Fascher 1997: 27; Spier 2017: 272). Falter (2002) führt diese Beobachtung weiter aus. REPs-WählerInnen seien insbesondere unter den BürgerInnen zu finden, „[...] die dem viel zitierten unteren Drittel der Gesellschaft angehören, denen es finanziell schlechter geht als dem Durchschnitt, die weniger gebildet sind und sich selbst am Fuß der sozialen

Schichtungspyramide einordnen“ (Falter 2002: 538). Auch Menschen, die einer ungewissen Zukunft entgegenblicken oder ihren Arbeitsplatz als bedroht ansehen, sind anfällig dafür, sich auf dem Stimmzettel für die REPs zu entscheiden (Falter 2002: 538; Falter/Klein 1994). Eith (2003: 256; auch Spier 2017: 270) stellt außerdem fest, dass sich die REPs „[...] in Regionen und Stadtgebieten mit massiven Anpassungszwängen des Strukturwandels [...]“ als besonders erfolgreich erweisen. In Bezug auf den Zusammenhang zwischen niedriger oder mittlerer formaler Bildung und der REPs-Wahl führt Spier (2017: 272-273) an, dass die rein deprivations-theoretische Sicht nicht weit genug greift. Vielmehr würden verschiedene AutorInnen zeigen, dass eine höhere formale Bildung meist auch mit „[...] einer höheren sozialen Kompetenz, einem Anerkennungs- und Statusprobleme entgegenwirkenden positiven Schulerfolg, einer weniger autoritären familiären Sozialisation in einem bildungsnahen Elternhaus und einer Präferenz für liberale oder libertäre Werte [...]“ einhergehe, was einer Rechtswahl entgegenwirke (Spier 2017: 273).

4.2 Die baden-württembergische Landtagswahl 1992

Während sie bei der Wahl 1988 lediglich 1% der WählerInnenstimmen erringen konnten, schafften es die REPs bei der Landtagswahl am 05. April 1992 mit überraschenden 10,9% und 15 von 146 Sitzen als drittstärkste Kraft in den baden-württembergischen Landtag einzuziehen. Andere rechte Parteien wie die DVU und die NPD waren dagegen weit davon entfernt die 5 %-Hürde zu überspringen (Falter/Klein 1994: 53; Mudde 2018: 35). In der vergangenen Legislaturperiode noch mit absoluter Mehrheit in Regierungsverantwortung (Sturm 1992: 623), wurde die CDU nun besonders abgestraft und verlor im Vergleich zur vorangegangenen Landtagswahl 9,4 Prozentpunkte. Sturm (1992: 628) zufolge seien „[...] mehr als nur Abnutzungserscheinungen einer langjährigen Regierungspartei für das schlechte Abschneiden [...] verantwortlich zu machen [...]“. Die SPD verlor zwar deutlich weniger Stimmen und wurde zweitstärkste Kraft, trotz dessen war es ihr immerhin viertschlechtestes Ergebnis in der baden-württembergischen Geschichte. Die Liberalen konnten ihr Niveau halten, während sich die Grünen auf 9,5% verbesserten und ihr bis dahin bestes Resultat auf Landesebene überhaupt feierten (Sturm 1992: 628-629).

Die Wahlbeteiligung war nur leicht gesunken und lag bei 70,1% - im Vergleich mit anderen Landtagswahlen noch immer ein guter Wert. Laut Forschungsgruppe Wahlen (1992: 35 ff.)

könnte ein Grund dafür darin zu finden sein, dass die REPs frühere NichtwählerInnen zu mobilisieren vermochten. Das spiegele sich auch darin wider, dass eine höhere Wahlbeteiligung in einigen Wahlkreisen nicht mit besseren Werten für die Volksparteien CDU und SPD einherging. Ein Blick auf die Wählerwanderung zeigt, dass die SPD 110.000 Stimmen an die REPs verlor, während sie lediglich 50.000 von der CDU gewinnen konnte. Derweil verlor die Union sogar 140.000 WählerInnen an die REPs (Sturm 1992: 631). Sturm (1992: 623) attestiert CDU und SPD, dass die starken Rückgänge „[...] in Baden-Württemberg einen bereits länger anhaltenden Trend weg von den beiden großen Volksparteien [markieren]“. Insbesondere diese baden-württembergische Wahl bleibe nach Aussage des Autors negativ in Erinnerung, nicht nur infolge des starken Abschneidens der REPs, sondern auch wegen der Asylthematik, die von Politik und Medien auffällig stark in den Vordergrund gestellt worden sei (Sturm 1992: 634).

4.3 Die Aktualität der Asylthematik

Die 1990er Jahre waren geprägt durch den Mauerfall und der daraus resultierenden Wiedervereinigung, wodurch zwei Systeme, die sich über 40 Jahre hinweg absolut konträr zueinander entwickelt hatten, auf einen Nenner gebracht werden mussten. Doch nicht nur dieser schwierige gesellschaftliche Umbruch und seine negativen Folgen standen auf der politischen Agenda weit oben, zur selben Zeit bekam auch das Thema Asyl und AusländerInnen wieder Aufwind. Die Zahl der Menschen, die in Deutschland Asyl beantragten, stieg vor allem wegen der Politik der ‚offenen Grenzen‘ enorm an und führte schnell dazu, dass die Asylthematik sowohl die öffentliche als auch die politische Debatte dominierte. Insbesondere die erste Hälfte der Dekade blieb aufgrund ausufernder rechtsextremer Gewalt gegen ImmigrantInnen, namentlich die Anschläge in Rostock-Lichtenhagen und Mölln, noch lange präsent (Mudde 2018: 46; Hartenstein 2002: 108).

Vor allem im baden-württembergischen Wahljahr 1992 bestimmten die Thematik und die Debatte um eine Verschärfung des Asylrechts die Agenda der bundesrepublikanischen Innenpolitik. Während die SPD zu Beginn des Landtagswahlkampfes auf die Themen Wirtschaft und Wohnungsnot setzte, „[...] machte sich die CDU-Regierung das Asylthema zu eigen [...]“ (Sturm 1992: 625). Insbesondere infolge vermehrter bundesweiter Berichterstattungen in den Medien wurde das Asylthema weiter politisiert, was sich auch auf den baden-württembergi-

schen Landtagswahlkampf auswirkte: „Die Dimension ‚Denkzettelwahl‘ begann immer mehr landespolitische Themenkontroversen zu überschatten“, so Sturm (1992: 628).

Dies gipfelte schließlich darin, dass die CDU mithilfe neuer Wahlplakate zu demonstrieren versuchte, dass sie die Causa Asyl prioritär behandle, was ihr im Handumdrehen „[...] den Vorwurf der anderen Parteien eintrug, sie würde das Thema aus Angst vor dem Verlust der absoluten Mehrheit gefährlich emotionalisieren“ (Sturm 1992: 628). In erster Linie konnten die REPs mit der Thematik in der Bevölkerung verfangen, in Pforzheim beispielsweise hatte man während des Wahlkampfes den Bau einer Moschee zur primären Angelegenheit gemacht (Fascher 1997: 27). Nachdem im Mai 1993 auf Bundesebene mit der Verabschiedung des Asylkompromisses genannte Verschärfung des Asylrechts herbeigeführt werden konnte, verschwand das Thema auch schnell wieder aus dem öffentlichen Bewusstsein und wurde von akuter erscheinenden Problemen wie der steigenden Arbeitslosigkeit abgelöst (Mudde 2018: 46; Falter 2002: 537; Decker 2000: 243).

5. Analyse des republikanischen Wahlerfolgs

In der nachfolgenden Analyse werden die drei Variablen aus der zu verteidigenden These auf Basis der in der Arbeit von Klein und Falter (1996) genutzten repräsentativen EMNID-Umfrage aus dem Jahr 1989 untersucht. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen anschließend hinsichtlich des Wahlergebnisses der REPs interpretiert werden. Dies geschieht im Kontext der 1992 stattgefundenen Landtagswahl und deren im vorangegangenen Abschnitt dargelegten Hintergründen.

5.1 Untersuchung der drei Variablen

„Rechtsextreme Wahlerfolge sind keine unabwendbaren Naturereignisse“, so Eith (2003: 244). Denn allzu oft kommt es im Vorfeld dieser zu Prozessen der Abkopplung von den etablierten Parteien (Eith 2003: 244), im vorliegenden Beispiel betrifft dies mit Blick auf die Wählerwanderung insbesondere die beiden großen Volksparteien CDU und SPD.

In nachfolgender Analyse wird vor dem Hintergrund der aufgestellten These die Wahlwahrscheinlichkeit der REPs in Abhängigkeit von Politikverdrossenheit und rechtsextremen Einstellungen untersucht. Außerdem wird in Anbetracht der Annahme, dass die Unzufriedenheit mit der Asylpolitik der Bundes- und Landesregierung ausschlaggebend für vermehrte Politikverdrossenheit bei der Landtagswahl 1992 war, diese als entscheidender Faktor miteinbezogen. Da die Gültigkeit der hier angenommenen Kausalität nur auf der Mikroebene zuverlässig überprüft werden kann, soll mithilfe empirischer Befunde auf der Individualebene herausgefunden werden, ob diese als Erklärung für das gute Abschneiden der REPs bei der baden-württembergischen Wahl dienen kann.

Auf Basis verschiedener ausgewählter und zu Skalen zusammengefasster Einzelindikatoren haben Klein und Falter (1996: 295, 297) in mehreren Schritten zunächst den Einfluss der Faktoren ‚Politikverdrossenheit‘ und ‚Unzufriedenheit mit der Asylpolitik‘ auf die Wahrscheinlichkeit der REPs-Wahl untersucht. Zur Einschätzung der Politikverdrossenheit wurden beispielsweise die Aussagen „Unsere großen Parteien sind nicht mehr fähig, die zahlreichen Probleme unserer Gesellschaft zu lösen“ und „Die meisten Politiker wissen gar nicht mehr, was die

„einfachen Leute denken“ gewählt, worauf die Befragten jeweils mit „stimme zu“ oder „lehne ab“ antworten sollten. Um Daten für die Wahrnehmung der Asylpolitik zu generieren, sollte zu Sätzen wie „Unser Grundgesetz gewährleistet das Recht auf Asyl für politisch Verfolgte aus anderen Ländern. Wie beurteilen Sie die Handhabung dieses Rechts in der Bundesrepublik?“ Stellung genommen werden.

Zunächst muss geprüft werden, ob der postulierte Zusammenhang zwischen einer erhöhten Politikverdrossenheit und vermehrter REPs-Wahl gegeben ist. Anhand von Grafik 1 wird der Einfluss der Politikverdrossenheit dargestellt. Diese zeigt deutlich, dass mit der Politikverdrossenheit auch die Bereitschaft zur REPs-Wahl ansteigt. Da in dieser Arbeit angenommen wird, dass die Konjunktur der Asylthematik im Jahr 1992 wesentlichen Einfluss auf das starke Abschneiden der REPs in Baden-Württemberg hatte, muss zudem geschaut werden, ob auch diese Grundannahme der Empirie standhält. Grafik 2 zeigt zu diesem Zweck den Einfluss der Unzufriedenheit mit der Asylpolitik auf die Wahl der REPs auf. Hier fällt der positive Zusammenhang zwischen Unzufriedenheit und REPs-Wahl sogar noch deutlicher aus als bei der generellen Politikverdrossenheit. Insbesondere der Skalenwert, der die unzufriedensten BürgerInnen repräsentiert, weist einen beinahe doppelt so hohen Wert auf wie die nebenstehende Säule.

Vor dem Hintergrund der Annahme, dass die Unzufriedenheit mit der Asylpolitik einen besonders starken Einfluss auf die Politikverdrossenheit der Baden-Württemberger hatte, müssen nun für die weitere Vorarbeit diese beiden betrachteten Determinanten zusammengeführt werden. Die Prüfung dieses Zusammenhangs ist in Grafik 3 ersichtlich. Die einzelnen Säulen stehen wie bereits bei Grafik 2 für den jeweiligen Grad der Unzufriedenheit mit der Asylpolitik, von am wenigsten bis am stärksten unzufrieden. Der Wert für die Politikverdrossenheit ist einer aus der oberen Hälfte, ausgehend von der Zusammenführung der Einzelindikatoren. Auch hier lässt sich erkennen, dass die postulierte Korrelation für die weitere Analyse angenommen werden kann. Klein und Falter (1996: 297) ziehen dazu das Fazit: „[...] Je unzufriedener eine Person mit der Asylpolitik, desto politikverdrossener ist sie“.

Diese Erkenntnis muss im Folgenden noch auf die Wahl der REPs bezogen werden, dies geschieht in Grafik 4. Der erste Skalenwert repräsentiert, wie bereits in Grafik 1, auf Basis der zusammengefassten Einzelindikatoren die am wenigsten, der fünfte die am stärksten Politikverdrossenen. Die schraffierten Säulen bilden die WählerInnen ab, die mit der Asylpolitik unzufrieden sind. Die Darstellung macht deutlich, dass der Zusammenhang überaus stark ausgeprägt ist. Menschen, die politikverdrossen sind, gleichzeitig aber Zufriedenheit mit der Asyl-

politik angeben, sind kaum bereit die REPs zu wählen, unabhängig vom Grad der Politikverdrossenheit. Bei den Politikverdrossenen und zugleich Unzufriedenen ist die Bereitschaft hingegen um ein Vielfaches höher. Somit können erneut die Annahmen aus dem theoretischen Ansatz bestätigt werden, denn „[n]icht Politikverdrossenheit an sich führt [...] zur Wahl rechtsextremer Parteien, sondern nur Politikverdrossenheit, die sich inhaltlich aus der Unzufriedenheit mit der Asylpolitik speist“ (Klein/Falter 1996: 299). Daher werden für die weiteren Analyseschritte unter der Variable ‚Unzufriedenheit mit der Asylpolitik‘ die Menschen gefasst, die diese Kombination aufweisen.

Im letzten Schritt muss für die Verteidigung der aufgestellten These und für die Beantwortung der Fragestellung noch der Faktor ‚rechtsextreme Einstellung‘ eingebunden und auf seinen Einfluss untersucht werden. Erneut wurden von Klein und Falter (1996: 300-302) zu diesem Zweck verschiedene Einzelindikatoren aus der EMNID-Studie gewählt, mithilfe derer sie die Befragten nach der Ausprägung ihrer rechtsextremen Einstellungsmuster einteilen und mit den Ergebnissen eine aussagekräftige Skala erstellen konnten. Als Grundlage dienten Fragen und Aussagen wie ‚Würden Sie sagen, daß Hitler ohne den Krieg und ohne die Judenverfolgung einer der größten deutschen Staatsmänner gewesen wäre?‘ oder ‚Wir sollten darauf achten, daß wir das Deutsche rein erhalten und Völkervermischung verhindern‘, zu denen sich die Teilnehmer*innen zu positionieren hatten. In Grafik 5 wird dann ersichtlich, welchen Einfluss die so ermittelten Grade rechter Einstellungen auf die Wahl der REPs haben. Wie zuvor steht die erste Säule für die Befragten die am wenigsten, die letzte hingegen für die, die am stärksten ausgeprägte rechtsextreme Einstellungsmuster aufweisen. Und auch hier zeigt sich wieder ein bedeutender Zusammenhang zwischen der Rechtswahl zugunsten der REPs und einer rechtsextremen Einstellung, insbesondere bei den Skalenwerten vier und fünf ist er prägnant.

Schließlich müssen die einzelnen Erkenntnisse noch in einer Grafik zusammengeführt werden. Für diesen Zweck bietet sich die von Klein und Falter (1996: 304) erstellte Skala an, die in dieser Arbeit als Grafik 6 aufgeführt ist. Hier wurden nun alle für unsere Analyse wichtigen Determinanten kombiniert und es wird der Einfluss rechtsextremer Einstellungen auf die REPs-Wahl, kontrolliert nach der Unzufriedenheit mit der aktuellen Asylpolitik, abgebildet. Die Skalenwerte repräsentieren wie in Grafik 5 die unterschiedliche Ausprägung rechtsextremer Einstellungsmuster, und die schraffierten Säulen die Politikverdrossenen, die mit der Asylpolitik unzufrieden sind. Betrachtet man nun die Grafik 6 eingehender, ist der Zusammenhang gut auszumachen. Während Personen keine Wahlbereitschaft zugunsten der REPs zeigen, die mit der Asylpolitik zufrieden sind, gleichzeitig aber wie bei Säule drei bereits rechtsextreme Ein-

stellungen aufweisen, steigt diese Bereitschaft bei den Unzufriedenen umso stärker, je rechtsextremer die Befragten eingestellt sind. Diese Ausprägungen hängen wohl auch damit zusammen, dass eine Interaktion zwischen rechtsextremen Einstellungen und der Beurteilung der Asylpolitik anzunehmen ist. Darauf wird im nächsten Kapitel noch einmal eingegangen. Zunächst kann aber die theoretische Grundannahme dieser Arbeit bestätigt werden, dass die Politikverdrossenheit als Katalysator fungiert, und so bereits bestehende rechtsextreme Einstellungen mit der Aktualisierung durch die Asylthematik erst wieder relevant für das Wahlverhalten werden (Klein/Falter 1996: 301).

5.2 Interpretation der Ergebnisse im Kontext der Landtagswahl

Auf Basis der Analyseergebnisse kann nun eine Interpretation und empirische Untermauerung im Kontext der behandelten Forschungsthematik vorgenommen werden. Die Aktualität der Wahlkampfthemen, in diesem Fall die Asylpolitik Anfang der 1990er Jahre, ist laut Steglich (2010) eine notwendige Bedingung, die dann im Zusammenspiel mit den anderen Faktoren den Erfolg einer Partei wie den REPs bedingen. Seine Studie „[...] weist somit auf die Wichtigkeit der politischen Agenda hin, die anscheinend eine herausragende Rolle für Wahlerfolge von Rechtsaußenparteien spielt“, so Spier (2017: 277) schlussfolgernd. In Bezug auf das Fallbeispiel der Landtagswahl in Baden-Württemberg zeigen Aggregatdaten, wie auch viele weitere AutorInnen (Falter 2002: 537; Decker 2000: 242; Karapin 1998) proklamieren, dass „[...] die Konjunkturen der Politikverdrossenheit bis Ende 1992/Anfang 1993 analog zu den Konjunkturen des Asylthemas verlaufen und die beiden Kurven erst beginnend mit dem Jahr 1993 einen getrennten Verlauf nehmen [...]“ (Klein/Falter 1996: 294). Als Indikator für Politikverdrossenheit wurde die Frage genutzt, ob die Befragten der Meinung sind, es würden die richtigen Leute die politische Führung in Deutschland innehaben. Zwar bleibt die Politikverdrossenheit wegen der Problematik Arbeitslosigkeit im Anschluss hoch, jedoch verliert die Asylthematik, wie schon im vierten Kapitel erläutert, deutlich an Brisanz. Nun beobachtet man auch eine abnehmende Bereitschaft zur REPs-Wahl, die im Allgemeinen stark mit der Dynamik der Asylthematik koinzidiert (Klein/Falter 1996: 292; 294). Diese Entwicklung scheint sich dadurch zu erklären, dass den etablierten Parteien beim Thema Arbeitslosigkeit ein deutlicher Kompetenzvorsprung von Seiten der BürgerInnen gewährt wird (Decker 2000: 243). Grafik 7 bildet diese Gleichförmigkeit zwischen Politikverdrossenheit und Asylthematik ab. Der Höhepunkt liegt erkennbar zwischen 1992 und 1993 und der steile Anstieg fällt somit zusammen

mit der Landtagswahl. Und auch die Bereitschaft, rechtsextreme Parteien mit der eigenen Wahlstimme zu unterstützen, folgt sowohl den Auf- als auch den Abbewegungen der Kurve, die mit ‚falsche Leute führen‘ den Grad der Politikverdrossenheit darstellt.

In Bezug auf die zweite Variable ‚Rechtsextreme Einstellungen‘ haben Studien gezeigt, dass es in der Bevölkerung Deutschlands eine überdurchschnittliche Ausprägung bestimmter Ideologeelemente wie beispielsweise Ausländerfeindlichkeit, Ethnozentrismus oder Intoleranz gibt (Gabriel 1996: 346 ff.; Stöss 2006: 530 ff.). Wieviel Prozent aber tatsächlich ein annähernd geschlossenes rechtsextremes Weltbild aufweisen, schwankt je nach Zurechnung. Denn letzten Endes ist es eine subjektive Einschätzung, ab welchem Wert man definitorisch von ‚rechtsextrem‘ spricht (Eith 2003: 248). Falter und Klein (1994: 7) gehen von einem Wert aus, der zwischen 5 und 15% liegt. Dieses Potenzial kann vor dem Hintergrund bestimmter Gegebenheiten „[...] durch rechtsradikale Parteien aktualisiert werden, beispielsweise [...] im Gefolge tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbruchs [...]“ (Falter/Klein 1994: 7), wie er sich infolge der Wende in den neuen Bundesländern vollzog. Dies deckt sich mit der bereits zu Beginn dieser Arbeit formulierten Annahme, dass die zumeist mit diesen Umbrüchen einhergehende Politikverdrossenheit als Katalysator fungiert und rechtsextreme Einstellungen (re)aktiviert. Außerdem unterstreichen die Erkenntnisse aus Grafik 6 den naheliegenden Effekt einer rechtsextremen Einstellung auf die negative Beurteilung der Asylpolitik, was in Summe wiederum Politikverdrossenheit befördert (Klein/Falter 1996: 306). Umgekehrt wird aber vor dem Hintergrund von Grafik 5 auch deutlich, dass ein Fehlen dieser Einstellungsmuster eher dazu führt, dass sich die Unzufriedenheit in Nichtwahl niederschlägt (Decker 2000: 242).

In diesen gegenseitigen Bedingen von Unzufriedenheit mit der Asylpolitik, Politikverdrossenheit und rechtsextremen Einstellungsmustern spielt aber noch ein weiterer Faktor hinein, der sich bei der Analyse von Klein und Falter hervorgetan hat: „Alle drei Variablen üben einen signifikanten Effekt auf die Kompetenzzuschreibung zugunsten der Republikaner aus, wobei dieser beim Rechtsextremismus am stärksten und bei der Politikverdrossenheit am schwächsten ausfällt“ (Klein/Falter 1996: 306). Falter (2002: 538) erläutert dazu in einer späteren Arbeit, dass beim Problemfeld *Ausländer und Asyl* nicht nur 80% der eigenen WählerInnen den REPs die größten Lösungskompetenzen zuschrieben, sondern sogar mehr als jeder Zehnte aller übrigen Wahlberechtigten. Diese Ausprägung war bei keinem anderen Problem, das als Ursache für Politikverdrossenheit infrage kam, zu beobachten. Betrachtet man nun das Thema Arbeitslosigkeit, das nach dem Verschwinden der Asylthematik die Politikverdrossenheit auf hohem Niveau gehalten hatte, zeigt sich, dass ihnen dort von der Gesamtwählerschaft so gut wie keine

Kompetenzen zugebilligt wurden. Und selbst unter den REPs-AnhängerInnen traute ihnen nicht einmal jede zweite Person zu, das Problem besser als die anderen Parteien lösen zu können.

Anknüpfend an diese Beobachtung ist zur Verdeutlichung des Zusammenhangs in Grafik 8 der Einfluss der Unzufriedenheit mit und die zugeschriebene Lösungskompetenz in der Asylpolitik auf die REPs-Wahl abgebildet. Vor dem Hintergrund des auf der Asylpolitik liegenden Fokus dieser Arbeit wurde die Untersuchung dieser Korrelation gewählt. Die Grafik veranschaulicht prägnant, dass selbst Befragte, die angeben sie seien sehr unzufrieden mit der Asylpolitik, zu einem verschwindend geringen Teil dazu tendieren die REPs zu wählen, wenn sie ihnen gleichzeitig nicht zutrauen, in diesem Problemfeld lösungskompetent zu sein. Stattdessen würden sich diese Menschen eher für die Wahlenthaltung entscheiden, so Klein und Falter (1996: 309) in ihrer Analyse. Im Gegensatz dazu zeigen die schraffierten Balken, dass sich Unzufriedenheit mit der Asylpolitik „[...] nur dann in eine Wahlentscheidung zugunsten der Republikaner [übersetzt], wenn diesen auch Lösungskompetenz zugebilligt wird“ (Klein/Falter 1996: 302). Dafür neigen diese Personen aber umso stärker dazu, die REPs mit ihrer Stimme zu unterstützen. Dies gilt ebenfalls für WählerInnen, die rechtsextreme Einstellungen aufweisen. Auch sie machen ihr Kreuz nur bei den REPs, wenn sie auch der Meinung sind, dass die Partei in der Asylpolitik Lösungskompetenz besitzt (Klein/Falter 1996: 302). Diese Erkenntnisse aus den Analysen „[...] unterstreichen die besondere Bedeutung [der Variable], die in allen bisherigen Arbeiten über die Wahlerfolge der Republikaner nicht oder nur unsystematisch berücksichtigt wurde: Der Kompetenzzuschreibung im Bereich der Asylpolitik [...]“ (Klein/Falter 1996: 310). Diesen Ergebnissen zufolge geht also von keiner der drei in der Analyse untersuchten Variablen ein eigenständiger Effekt auf das Wahlverhalten zugunsten der REPs aus (Klein/Falter 1996: 306-307). Ein von den Autoren zur Untermauerung entworfenes pfadanalytisches Modell zeigt, dass diese drei Determinanten allesamt „[...] die Kompetenzzuschreibung im Politikfeld Asyl enthalten. Diese Variable fungiert gleichsam als ein der Wahlentscheidung unmittelbar vorgelagerter ‚Filter‘ [...]“, und scheint demnach eine notwendige Voraussetzung für eine REPs-Wahl zu sein (Klein/Falter 1996: 307). Die besondere Bedeutung, die den rechtsextremen Einstellungen zukommt, besteht sowohl in der Beförderung der Kompetenzzuschreibung als auch einer katalytischen Verstärkung ihres Effekts. Und auch die Interaktion zwischen Unzufriedenheit mit der Asylpolitik und dem Zuschreiben von Lösungskompetenz weist Signifikanz auf (Klein/Falter 1996: 307).

Darüber hinaus widerlegen diese Erkenntnisse auch die zu Beginn besprochene These der rationalen Protestwahl. Denn ihr zufolge hätten die WählerInnen kein Interesse daran, mit ihrer Stimmabgabe Parteien wie die REPs in Regierungsverantwortung zu bringen, stattdessen würden sie den etablierten Parteien lediglich einen Denkkzettel verpassen wollen (Klein/Falter 1996: 310). Und auch die These der ideologischen Bekenntniswahl kann zurückgewiesen werden, da demonstriert werden konnte, dass rechte Einstellungsmuster nicht per se zur Rechtswahl führen. Dies zeigt auch die dargelegte Wählerwanderung bei der Wahl 1992, bei der die REPs nicht nur ehemalige WählerInnen der konservativen CDU, sondern auch der linken Sozialdemokraten gewinnen konnten.

Hinsichtlich der zu verteidigenden These lässt sich konkludieren, dass sie vor dem Hintergrund der erfolgten Analyse um die entscheidende Variable ‚Kompetenzzuschreibung‘ ergänzt werden muss. Während von den drei überprüften Variablen nur im Zusammenspiel ein Effekt ausgeht, scheint die Kompetenzzuschreibung eine notwendige Bedingung zu sein, damit es überhaupt zu einer Wahlentscheidung zugunsten der REPs kommen kann. Darüber hinaus konnte aber auch verdeutlicht werden, dass der Erklärungsansatz, der dieser Arbeit zugrunde gelegt wurde, zur Untersuchung dieser Landtagswahl geeignet ist. Denn dass die im April 1992 als akut empfundene Asylproblematik zu dem starken Abschneiden der REPs in Baden-Württemberg entscheidend beigetragen hat, konnte mithilfe der Analyse untermauert werden. In Bezug auf diese Wahl kann die Vermutung angestellt werden, dass infolge der Unzufriedenheit mit der bundesweiten Asylpolitik und der fehlenden Souveränität der eigenen Landesregierung dahingehend, einen glaubhaften Wahlkampf zu bestreiten, der auf Problemlösung und Ausstrahlung von Kompetenz in dem für die WählerInnen entscheidenden Thema Asyl ausgerichtet ist, die Weichen hinsichtlich eines starken Abschneidens der REPs bereits im Vorfeld gestellt worden sind. Denn die ‚Asylproblematik‘ haben sie sich nicht nur zur Priorität erklärt, ihre Einstellung dazu spiegelt sich zudem deutlich erkennbar im Profil der Partei wider, das in Kapitel 3.2 vorgestellt wurde. Opportunistisches Verhalten, das den etablierten Parteien mit ihrer ungeschickten Wahlkampfgestaltung hinsichtlich dieser Thematik vorgeworfen wurde, kann man den REPs nicht anlasten. All das vorausgesetzt verwundert es nicht, dass ihnen zumindest dort ein Kompetenzvorsprung zugebilligt wurde. Abseits dieses Problemfelds haben aber wohl die angesprochenen innerparteilichen Konflikte und die fehlende Abgrenzung gegenüber rechts-extremen Gruppierungen dafür gesorgt, dass die Lösungskompetenz der REPs in den Augen der BürgerInnen nur gering war (Klein/Falter 1996: 311).

6. Fazit & Ausblick

Am Beginn dieser Arbeit stand die Frage, wie sich das starke Ergebnis der Partei „Die Republikaner“ bei der baden-württembergischen Landtagswahl 1992 erklären lässt. Im Laufe der Arbeit konnten sowohl rechtspopulistische Charakteristika der REPs insbesondere in Form von Parteienfeindlichkeit aufgezeigt, als auch Gründe für die als großes Problem wahrgenommene Asylpolitik zu Beginn der Dekade dargelegt werden. Die im Zentrum dieser Arbeit stehende und zu verteidigende These wurde dann infolge der im Anschluss durchgeführten Analyse um die Variable Kompetenzzuschreibung ergänzt. Im Zuge der umfassenden Auswertung der Daten und Erkenntnisse lässt sich bezugnehmend auf die Forschungsfrage schlussfolgern, dass das starke Abschneiden der REPs 1992 auf ein Zusammenspiel von Politikverdrossenheit, Unzufriedenheit mit der Asylpolitik, rechtsextremen Einstellungen und Kompetenzzuschreibung zurückzuführen ist. Die untersuchte Landtagswahl ist wegen der Hochkonjunktur der Asylthematik ein Musterbeispiel, auf das der genutzte Erklärungsansatz gut angewendet werden konnte. Denn es wurde auch deutlich, dass die Wahlbereitschaft zugunsten der REPs schlagartig nachließ, als dieses durch die drängende Arbeitslosigkeit abgelöst wurde. Wenn sich die Politikverdrossenheit also nicht aus der Asylpolitik, sondern einer Problematik speist, bei der den REPs keine Lösungskompetenzen zugebilligt werden, kommt es auch nicht zur Aktualisierung vorhandener rechtsextremer Einstellungen, weshalb diese Personen sich entweder der Wahl enthalten oder einer der etablierten Parteien ihre Stimme geben. Ebenfalls konnten sowohl die anfangs genannte ideologische Bekenntniswahl-, als auch die Protestwahlhypothese mithilfe der Analyse zurückgewiesen werden.

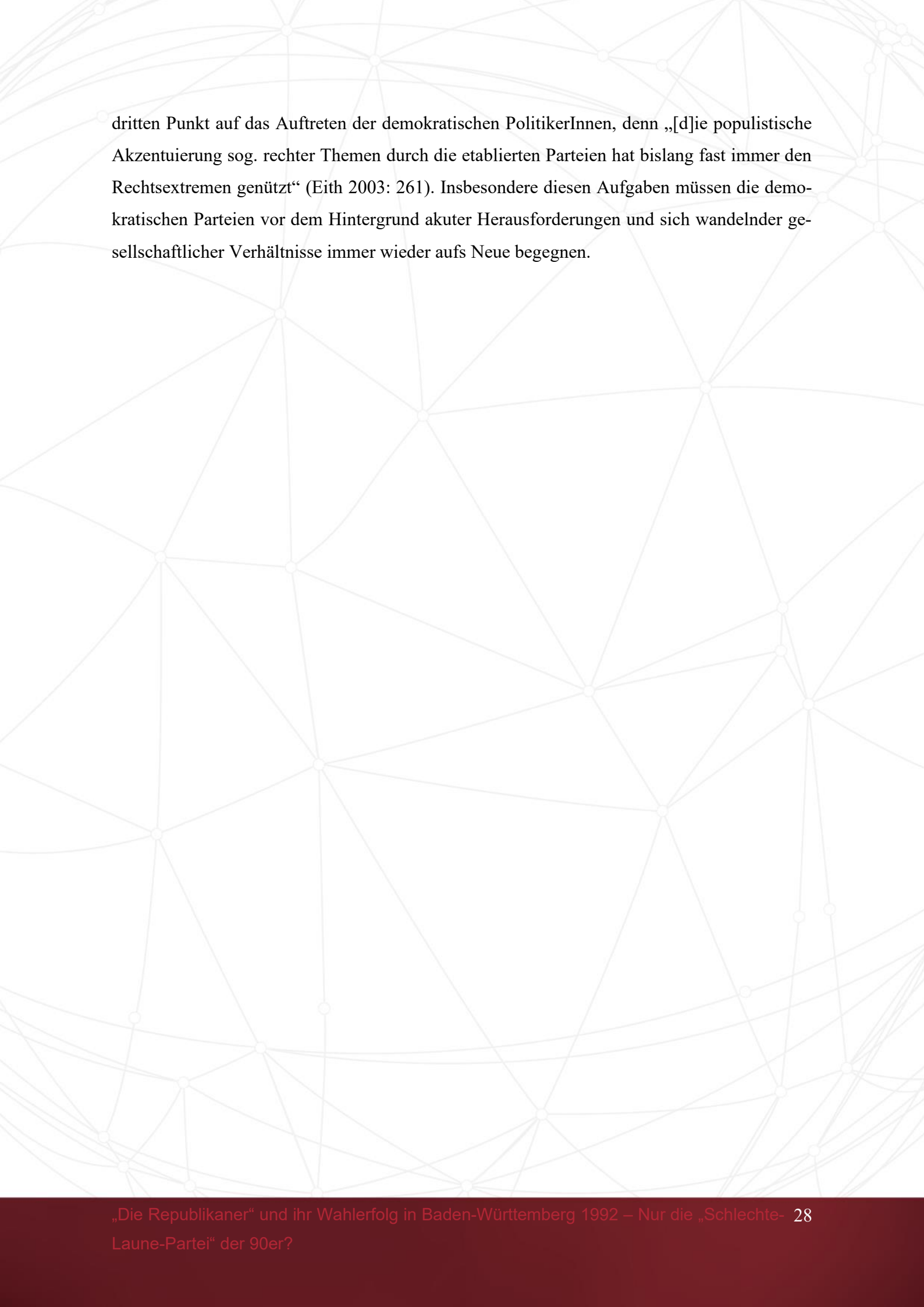
Dennoch kann natürlich keine universelle Gültigkeit proklamiert werden. Der genutzte Ansatz bezog sich in erster Linie auf die REPs, und auch die genutzte Literatur war diesbezüglich größtenteils einschlägig. Hinsichtlich der Wahlerfolge anderer rechter Parteien spielen vermutlich unterschiedliche Faktoren eine Rolle. Manow und Schwander (2022) beispielsweise gehen in ihrem Aufsatz in Bezug auf die AfD besonders auf die Statusangst ein, die hinsichtlich ihres Ursprungs eine Erklärung für die Diskrepanz der Wahlergebnisse in Ost- und Westdeutschland liefern kann.

Gleichzeitig ist die in dieser Arbeit untersuchte Thematik ein interessanter Fall bezüglich der Wahl und (Nicht-)Etablierung rechter Parteien in der Bundesrepublik. Eine neuerliche Forschung hinsichtlich der Rolle der Medien, die sich insofern entscheidend einschalten, dass sie „[...] nicht nur die politische Agenda kommunizieren und damit beeinflussen können, sondern

es auch in der Hand haben, dem Wahlantritt einer Rechtsaußenpartei mehr oder weniger Aufmerksamkeit zu schenken“ (Spier 2017: 267), wäre in diesem Kontext aufschlussreich - gerade vor dem Hintergrund der hinzugekommenen sozialen Medien. Lubbers und Scheepers (2001) konnten bereits belegen, dass in Deutschland die Wahrscheinlichkeit der Rechtswahl mit häufiger Berichterstattung über die Asylthematik in Zusammenhang steht. Und auch der Faktor Nebenwahlen und ihre Eigenschaft als „Zwischen- oder Testwahlen“ wird von AutorInnen vermehrt angesprochen (Decker/Blumenthal 2002; Spier 2017). Dies scheint insbesondere im föderalen Deutschland ein verbreitetes Phänomen zu sein (Decker/Blumenthal 2002: 147), dem weiter nachgegangen werden sollte. Relevanz besitzt letzteres jedoch eher im Zusammenhang mit Parteien wie den REPs, die sich noch nicht im Parteiensystem auf Bundesebene etabliert haben. Die AfD stellt daher keinen geeigneten Untersuchungsgegenstand mehr dar.

Denn wie in der Einleitung bereits angeklungen, ist diese Partei gerade dabei, ihre vermeintliche Salonfähigkeit unter Beweis zu stellen. Die letzten Umfrageergebnisse wännen die AfD bereits als Wahlsieger der brandenburgischen Landtagswahl im kommenden Jahr, sogar mehr als jede dritte befragte Person spricht sich für eine Beteiligung der Alternative an der nächsten Regierung in Potsdam aus (Tagesschau 2023). Und auch auf Bundesebene findet sie sich aktuell als zweitstärkste Kraft wieder, vor der Kanzlerpartei SPD und ebenfalls mit nicht allzu großem Abstand zur Union (Politbarometer 2023). Mit Blick auf das Ergebnis der AfD bei der letzten Bundestagswahl vor zwei Jahren konnten sie ihren Stimmenanteil mehr als verdoppeln, auch wenn sich ein Wahlergebnis sicherlich nicht eins zu eins mit einer Sonntagsfrage zur Halbzeit der Legislaturperiode vergleichen lässt. Aber es kann dennoch festgehalten werden, dass die Unzufriedenheit der BürgerInnen, die sich unter anderem auch aus der Wahrnehmung der Asylpolitik der Ampel speist, ihren Niederschlag in der Bereitschaft, die AfD zu wählen, findet. Hier lässt sich eine Parallele zu der Situation vor 31 Jahren ziehen. Eine weitergehende vergleichende Forschung, insbesondere auf der Individualebene, besitzt eine entsprechende Relevanz.

Mit Blick auf diese Entwicklungen ist die Einschätzung von Eith hinsichtlich der sich ergebenden Konsequenzen anzuführen, die trotz des Alters seiner Arbeit aktueller denn je erscheinen. Dem Autor zufolge müsse den Abkopplungstendenzen als Produkt einer defizitären politischen Repräsentation entgegengewirkt werden. Des Weiteren müssten „[n]otwendige Modernisierungsprozesse [...] entsprechend kommuniziert und vermittelt, der Zusammenhang mit Zukunftschancen stets aufs Neue verdeutlicht werden“ (Eith 2003: 261). Die Frage nach dem sozialen Ausgleich sei insbesondere hier von zentraler Bedeutung. Der Autor bezieht seinen



dritten Punkt auf das Auftreten der demokratischen PolitikerInnen, denn „[d]ie populistische Akzentuierung sog. rechter Themen durch die etablierten Parteien hat bislang fast immer den Rechtsextremen genützt“ (Eith 2003: 261). Insbesondere diesen Aufgaben müssen die demokratischen Parteien vor dem Hintergrund akuter Herausforderungen und sich wandelnder gesellschaftlicher Verhältnisse immer wieder aufs Neue begegnen.

Literaturverzeichnis

- Allport, Gordon W. (1954). *The Nature of Prejudice*. Cambridge: Addison-Wesley.
- Bartholomae, Florian W./Nam, Chang Woon/Rafih, Pierre (2022): Wahlerfolg der AfD und die Flüchtlingskrise: Spielen regionale Disparitäten eine Rolle? In: *Wirtschaftsdienst*, 102(11), 891-897.
- Blumenberg, Manuela S./Blumenberg, Johannes N. (2017): Auch mittelfristig eine Alternative? Eine vergleichende Analyse der Wählerschaft der AfD, der Republikaner und der Grünen während ihrer Etablierungsphasen. Mannheim: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, 8-11.
- Decker, Frank (2000): Über das Scheitern des neuen Rechtspopulismus in Deutschland: Republikaner, Statt-Partei und der Bund Freier Bürger. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 29(2), 237-256.
- Decker, Frank/von Blumenthal, Julia (2002): Die bundespolitische Durchdringung der Landtagswahlen. Eine empirische Analyse von 1970 bis 2001. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 33(1), 144-165.
- Der Bundesminister des Innern (Hrsg., 1996): Zum Verfassungsschutzbericht 1995 - Erklärung von Bundesminister Kanther. Abrufbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/zum-verfassungsschutzbericht-1995-erklaerung-von-bundesminister-kanther-805232> (Zugriff am 18.09.23).
- Der Bundesminister des Innern (Hrsg., 1998): Zum Verfassungsschutzbericht 1997 - Erklärung von Bundesminister Kanther. Abrufbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/zum-verfassungsschutzbericht-1997-erklaerung-von-bundesminister-kanther-810780> (Zugriff am 18.09.23).
- Deutschlandfunk (2019): „Wir haben uns als Volkspartei etabliert“. Abrufbar unter: <https://www.deutschlandfunk.de/joerg-meuthen-afd-wir-haben-uns-als-volkspartei-etabliert-100.html> (Zugriff am 18.09.23).
- Dülmer, Hermann/Ohr, Dieter (2008): Rechtsextremistische Wahlabsicht und regionaler Kontext. Mehrebenenanalysen zur Rolle sozialer Milieus und regionaler Gruppenkonflikte in Deutschland. In: *Politische Vierteljahresschrift* 49(3), 491–517.
- Eith, Ulrich (2003): Die Republikaner in Baden-Württemberg: Mehr als nur populistischer Protest. In: Werz, Nikolaus (Hrsg.); *Populismus. Populisten in Übersee und Europa*. Wiesbaden: Springer VS, 243-261.
- EMNID (1989): Dem Tod oder dem Triumph entgegen. Wer wählt rechtsradikal? Die Republikaner und die anderen Bundesbürger. Ergebnisse dreier SPIEGEL-Umfragen. In: *DER SPIEGEL*, 43(21), 36-48.
- Falter, Jürgen W. (2002): Republikaner/DVU. In: Greiffenhagen, Martin et al. (Hrsg.); *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 533-541.
- Falter, Jürgen W./Klein, Markus (1994): *Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland*. München: C. H. Beck.

- Fascher, Eckhard (1997): Die politischen Erfolgsaussichten der „Republikaner“ in Deutschland. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 21–29.
- Feist, Ursula (1992): Rechtsruck in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein. In: Starzacher, Karl et al. (Hrsg.); Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie? Köln: Bund-Verlag, 69-76.
- Forschungsgruppe Wahlen (1992): Wahl in Baden-Württemberg. Eine Analyse der Landtagswahl vom 5. April 1992. Mannheim.
- Gabriel, Oscar W. (1996): Rechtsextreme Einstellungen in Europa. Struktur, Entwicklung und Verhaltensimplikationen. In: Falter, Jürgen W./Jaschke, Hans-Gerd/Winkler, Jürgen R. (Hrsg.); Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Opladen: Westdeutscher Verlag: 344–360.
- Glaeßner, Gert-Joachim (2006): Politik in Deutschland. 2., aktualisierte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hartenstein, Wolfgang (2002): Den Wählern auf der Spur. Sankt Ingbert: Röhrig.
- Hennig, Eike (1990): Aus Zwergen werden Leute: Aufstieg und Fall der „Republikaner“. In: Politische Vierteljahresschrift 31(3), 475-484.
- Karapin, Roger (1998): Explaining Far-Right Electoral Successes in Germany. The Politicization of Immigration-Related Issues. In: German Politics and Society 16(3), 24–61.
- Klein, Markus/Falter, Jürgen W. (1996): Die dritte Welle rechtsextremer Wahlerfolge in der Bundesrepublik Deutschland. In: Falter, Jürgen W./Jaschke, Hans-Gerd/Winkler, Jürgen R. (Hrsg.); Rechtsextremismus. Opladen: Westdeutscher Verlag, 288–312.
- Lubbers, Marcel/Scheepers, Peer (2001): Explaining the Trend in Extreme Right-Wing Voting. Germany 1989–1998. In: European Sociological Review 17(4), 431–449.
- Manow, Philip/Schwander, Hanna (2022): Eine differenzierte Erklärung für den Erfolg der AfD in West- und Ostdeutschland. In: Brinkmann, Heinz/Reuband, Karl-Heinz (Hrsg.); Rechtspopulismus in Deutschland. Wahlverhalten in Zeiten politischer Polarisierung. Wiesbaden: Springer VS, 163-191.
- Mudde, Cas (2004): The Populist Zeitgeist. In: Government and Opposition 39(4), 542-563.
- Mudde, Cas (2018): Die Republikaner. In: Cas, Mudde/Ehrlich, Avril (Hrsg.); The Ideology of the Extreme Right. Manchester: Manchester University Press, 31-59.
- Pappi, Franz Urban (1990): Die Republikaner im Parteiensystem der Bundesrepublik. Protesterscheinung oder politische Alternative. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 40(21), 37–44.
- Pfahl-Traughber, Armin (1993): Rechtsextremismus - Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung. Bonn: Bouvier.
- Roth, Dieter (1990): Die Republikaner. Schneller Aufstieg und tiefer Fall einer Protestpartei am rechten Rand. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 37(90), 27-39.
- Roth, Dieter/Schäfer, Hartmut (1994): Der Erfolg der Rechten. Denkmittel für die etablierten Parteien oder braune Wiedergeburt? In: Wilhelm Bürklin/Dieter Roth (Hrsg.); Das

Superwahljahr. Deutschland vor unkalkulierbaren Regierungsmehrheiten? Köln: Bund-Verlag, 111-131.

Schade, Sarah Maria/Wiegerling, Ulrike/Bücker, Sinah (2019): Wer wählt AfD? Sozialpsychologische Merkmale einer heterogenen Gruppe. In: Walther, Eva/Isemann, Simon D. (Hrsg.); Die AfD – psychologisch betrachtet. Wiesbaden: Springer VS, 139-155.

Schäfer, Armin/Zürn, Michael (2021): Die demokratische Regression. Berlin: Suhrkamp.

Schumann, Siegfried (1997): Formen und Determinanten der Protestwahl. In: Gabriel, Oscar W. (Hrsg.); Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. Opladen: Leske + Budrich, 401–421.

Spier, Tim (2017): Die Wahl von Rechtsaußenparteien in Deutschland. In: Virchow, Fabian/Langebach, Martin/Häusler, Alexander (Hrsg.); Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden: Springer VS, 257-284.

Steglich, Henrik (2010): Rechtsaußenparteien in Deutschland. Bedingungen ihres Erfolgs und Scheiterns. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Stöss, Richard (1990): Die Republikaner. Woher sie kommen. Was sie wollen. Wer sie wählt. Was zu tun ist. Köln: Bund-Verlag.

Stöss, Richard (1993): Rechtsextremismus in Berlin 1990. Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung. Bd. 80. Berlin: Freie Universität Berlin.

Stöss, Richard/Niedermayer, Oskar (1998): Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und das Wählerpotential rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik im Frühjahr 1998. Arbeitspapiere des Otto-Stammer-Zentrums. Bd. 1. Berlin: Freie Universität Berlin.

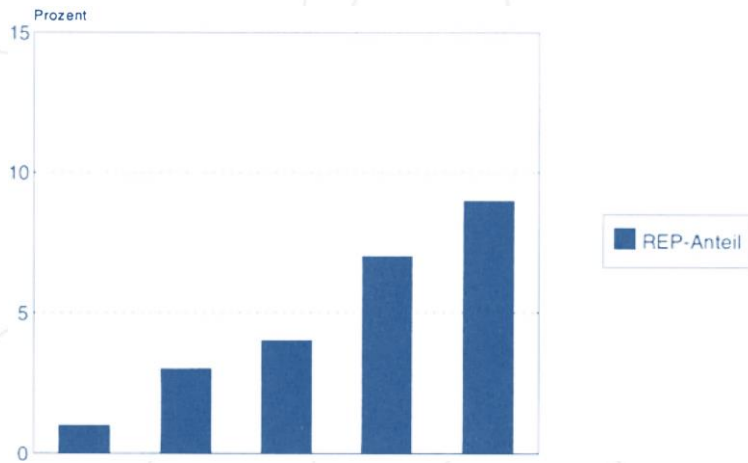
Stöss, Richard (2006): Rechtsextreme Parteien in Westeuropa. In: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard/Haas, Melanie (Hrsg.); Die Parteiensysteme Westeuropas. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften: 521–563.

Sturm, Roland (1992): Die baden-württembergische Landtagswahl vom 5. April 1992: Rechtsruck oder Protestwahl? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 23(4), 622-639.

Tagesschau (2023): AfD in Brandenburg in Umfragen erstmals vorn. Abrufbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/regional/brandenburg/brandenburg-trend-afd-fuehrt-102.html> (Zugriff am 18.09.23).

ZDF (2023): ZDF-Politbarometer: AfD deutlich zweitstärkste Partei. Abrufbar unter: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/politbarometer-umfrage-afd-wirtschaft-100.html> (Zugriff am 18.09.23).

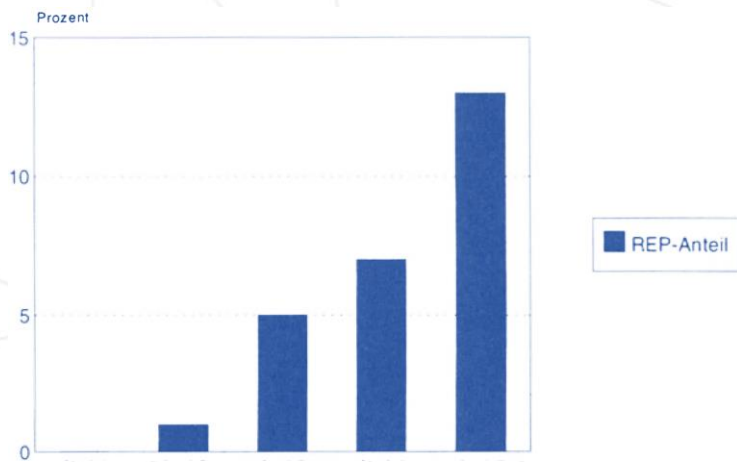
Anhang



Grafik 1: Der Einfluss der Politikverdrossenheit auf die Wahl der Republikaner

Anmerkung: auf Basis der zusammengefassten Einzelindikatoren steht Skalenwert 1 für die Befragten die am wenigsten, Skalenwert 5 die am stärksten politikverdrossen sind

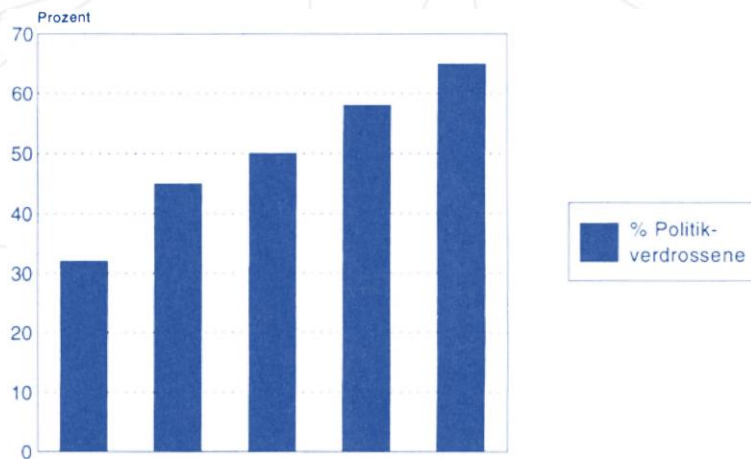
Quelle: Klein/Falter 1996: 296



Grafik 2: Der Einfluss der Unzufriedenheit mit der Asylpolitik auf die Wahl der Republikaner

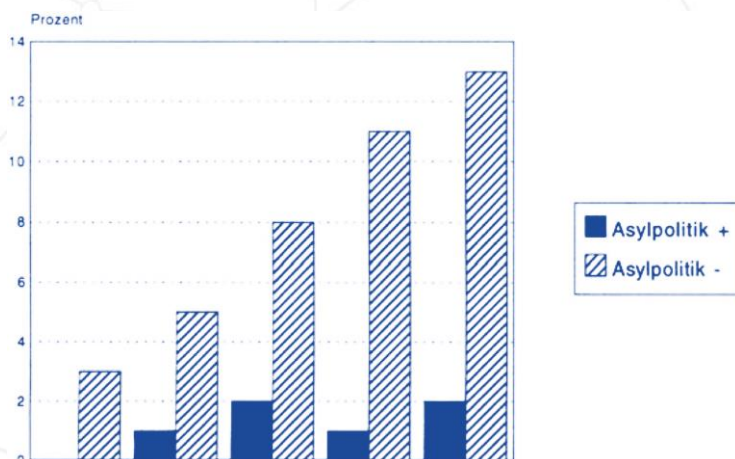
Anmerkung: auf Basis der zusammengefassten Einzelindikatoren steht Skalenwert 1 für die Befragten die mit der Asylpolitik am zufriedensten, Skalenwert 5 die am unzufriedensten sind

Quelle: Klein/Falter 1996: 298



Grafik 3: Der Zusammenhang zwischen der Unzufriedenheit mit der Asylpolitik und der Politikverdrossenheit
 Anmerkung: wie in Grafik 2 steht auf Basis der zusammengefassten Einzelindikatoren Skalenwert 1 für die Befragten die mit der Asylpolitik am zufriedensten, Skalenwert 5 die am unzufriedensten sind
 Politikverdrossene: Skalenwert in der oberen Hälfte der Skala „Politikverdrossenheit“

Quelle: Klein/Falter 1996: 298



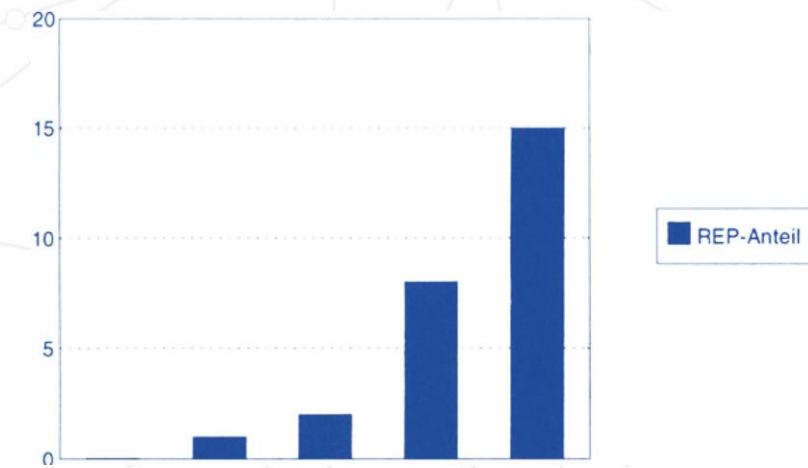
Grafik 4: Der Einfluss der Politikverdrossenheit auf die Wahl der Republikaner kontrolliert nach der Unzufriedenheit mit der Asylpolitik

Anmerkung: wie in Grafik 1 steht auf Basis der zusammengefassten Einzelindikatoren Skalenwert 1 für die Befragten die am wenigsten, Skalenwert 5 die am stärksten politikverdrossen sind

Asylpolitik + → mit der Asylpolitik zufrieden

Asylpolitik - → mit der Asylpolitik unzufrieden

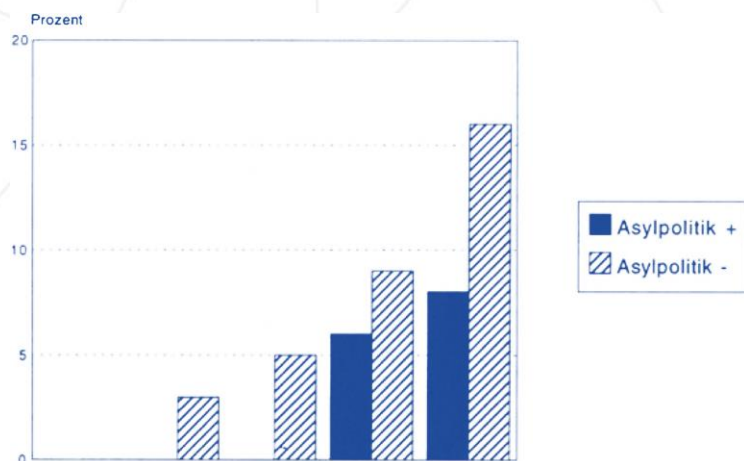
Quelle: Klein/Falter 1996: 299



Grafik 5: Der Einfluss rechtsextremer Einstellungen auf die Wahl der Republikaner

Anmerkung: auf Basis der zusammengefassten Einzelindikatoren steht Skalenwert 1 für die Befragten die am wenigsten, Skalenwert 5 die am stärksten ausgeprägte rechtsextreme Einstellungsmuster aufweisen

Quelle: Klein/Falter 1996: 303



Grafik 6: Der Einfluss rechtsextremer Einstellungen auf die Wahl der Republikaner kontrolliert nach der Unzufriedenheit mit der Asylpolitik

Anmerkung: wie in Grafik 5 steht auf Basis der zusammengefassten Einzelindikatoren steht Skalenwert 1 für die Befragten die am wenigsten, Skalenwert 5 die am stärksten ausgeprägte rechtsextreme Einstellungsmuster aufweisen

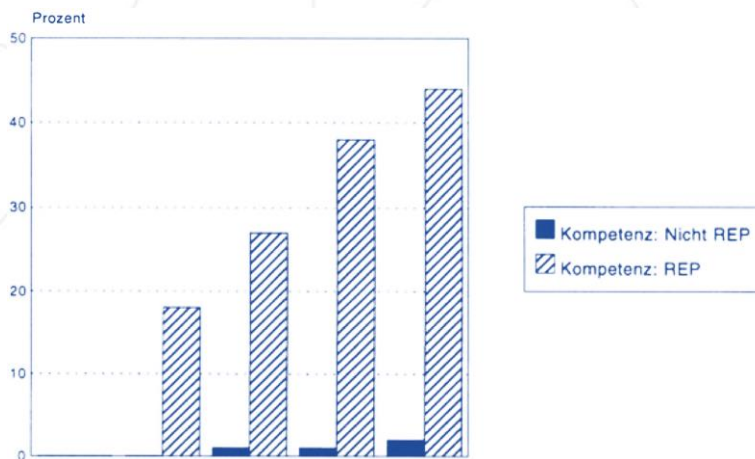
Asylpolitik + → mit der Asylpolitik zufrieden
 Asylpolitik - → mit der Asylpolitik unzufrieden

Quelle: Klein/Falter 1996: 304



Grafik 7: Entwicklung der Politikverdrossenheit, der Bedeutung des Themas „Asyl“ und der Bereitschaft zur Wahl rechtsextremer Parteien für Westdeutschland 1977-1994

Quelle: Klein/Falter 1996: 294



Grafik 8: Der Einfluss der Unzufriedenheit mit der Asylpolitik und der zugeschriebenen Lösungskompetenz in der Asylpolitik auf die Wahl der Republikaner

Anmerkung: wie in Grafik 2 und 3 steht auf Basis der zusammengefassten Einzelindikatoren Skalenwert 1 für die Befragten die mit der Asylpolitik am zufriedensten, Skalenwert 5 die am unzufriedensten sind

Kompetenz REP: Republikaner als kompetenteste Partei zur Lösung des Asylproblems wahrgenommen

Kompetenz Nicht REP: andere oder keine Partei am kompetentesten zur Lösung des Asylproblems wahrgenommen

Quelle: Klein/Falter 1996: 304